Offener Brief an DEW21 und DSW21

Herrn Dr. Frank Brinkmann, Vorsitzender der Geschäftsführung von DEW21

Herrn Guntram Pehlke, Vorsitzender des Aufsichtsrates von DEW21

An die Mitglieder des Aufsichtsrates

Herrn Guntram Pehlke, Vorsitzender des Vorstandes von DSW21

Herrn Ullrich Sierau, Vorsitzender des Aufsichtsrates von DSW21

An die Mitglieder des Aufsichtsrates

Kohle aus Kolumbien

Sehr geehrte Herren,

DEW21 und DSW21 sind zusammen mit Stadtwerken anderer Ruhrgebietsstädte an dem Kauf des Energieproduzenten STEAG beteiligt. Eines der profitabelsten Segmente der STEAG ist der Handel mit in Kolumbien gewonnener Steinkohle und der Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes in Kolumbien.

Auf unserer Veranstaltung am 2.3.2011 in der Auslandsgesellschaft wurden wir informiert, dass Bevölkerung und Umwelt beim Abbau der Kohle in Kolumbien rücksichtslos ausgebeutet werden. Die Minen Kolumbiens gelten als die gefährlichsten weltweit. Offizielle Statistiken des Landes verzeichnen in den vergangenen sechs Jahren knapp 500 Tote und 300 Verletzte bei Unfällen im Kohlebergbau. Menschenrechtler melden Angriffe auf Gewerkschafter, berichten über Kinderarbeit, Verstöße gegen Arbeitsrechte, Vertreibungen und Mord. Bei Auseinandersetzungen, die in Zusammenhang mit der Kohleindustrie stehen, wurden nach Angaben der Bauernorganisation Ascamcat in den vergangenen fünf Jahren mehr als 10 000 Kleinbauern getötet und 130 000 zwangsumgesiedelt. Ein erheblicher Teil des Rohstoffs wird im Tagebau gefördert. Ganze Landstriche, auch Naturschutzgebiete, werden dafür entvölkert, ohne dass die Bewohner entschädigt werden.

Zum überwiegenden Teil stammt die Kolumbianische Exportkohle aus den drei großen Minen-Komplexen von Cerrejón, Drummond, sowie Glencore. Im Umfeld von allen Minen gibt es eine schwere Umweltkrise (Staubbelastung, Feinstaub, Gewässerverschmutzung, giftige Gase) sowie Krankheiten bei der umliegenden Bevölkerung und den Arbeitern. Die Gebühreneinnahmen versickern in Korruption, es gibt kaum eine nachhaltige, lokale Entwicklung. Die einschlägigen internationalen Standards (z.B. Weltbank, ILO) werden nicht immer eingehalten, u.a. in Bezug auf indigene Bevölkerungsgruppen. Die Minen werden mit einem hohen Anteil an Zeitarbeitern betrieben, die kein Recht auf gewerkschaftliche Organisation haben. Die Arbeitsgesetze und die Gesamtarbeitsverträge werden häufig nicht eingehalten, die Sicherheit am Arbeitsplatz ist mangelhaft.

DEW21 und DSW21 haben zusammen den größten Anteil in dem Stadtwerkekonsortium, deshalb haben sie eine besondere Verpflichtung, dass diese Situation geändert wird. Es darf nicht sein, dass DEW21 und DSW21 beteiligt sind an Menschenrechtsverstößen, Kinderarbeit und Umweltzerstörungen.

- 2 -

Seite 2 des Offenen Briefes an DEW21 und DSW21

Wir erwarten

- dass vor Ort eine genaue Abklärungen über die Umwelt- und Menschenrechtssituation stattfindet und dabei insbesondere auch Vertreter lokaler Sozialbewegungen und Gewerkschaften einbezogen werden;

- dass keine Kohle von illegalen Minen bezogen wird;

- dass die kolumbianischen Bergbaubetriebe verpflichtet werden, die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit zu garantieren (insbesondere bei

ausgegliederten Dienstleistungsfirmen und Zeitfirmen) und die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte zu respektieren (Recht auf Kollektivverhandlungen, Diskriminierungsverbot);

- da sich die Minen in Konfliktgebieten respektive in Gebieten mit schweren Menschenrechtsverletzungen befinden, müssen die Minenbetreiber verpflichtet werden, internationale Instrumente (Voluntary Principles on Security and Human Rights, OECD Guidelines for Weak Governance Zones) zu befolgen und ein „Human Rights Impact Assessment“ zu machen;

- dass von Minen, die keine Anhörung zur Erreichung der freien und informierten Zustimmung von indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerungsgruppen machten (FPIC gemäss ILO Konvention 169), keine Kohle mehr gekauft wird. Von den Minen, die Dörfer umsiedeln müssen, sind umfassende Umsiedlungs–Aktionspläne und Belege einzufordern, dass die betroffenen Bewohner angemessen konsultiert wurden;

- dass die Bergbauunternehmen angehalten werden, sich für eine transparente und partizipative Mittelverwendung der Erlöse einzusetzen und soziale Investitionen in ihrem Einflussbereich zu tätigen. Die lokale Bevölkerung im Einflussbereich von Drummond und Glencore in Cesar (Minen, Eisenbahnstrecke und Hafen) hat beispielsweise im Herbst 2009 einen umfassenden Forderungskatalog präsentiert, um ihre Lebenssituation zu verbessern. Darunter gibt es so einfache Maßnahmen wie der Bau von Fußgängerbrücken oder Barrieren entlang der

Eisenbahnschienen des Kohletransportes in den Dörfern, das Abdecken der

Kohlegüterzüge, um Kohlestaubemissionen zu verhindern, Investitionen in

Schulrestaurants und die Asphaltierung stark beschädigter Straßenabschnitte.

Wir bitten Sie, uns in einer angemessenen Frist über Ihre Beschlüsse und konkreten Schritte in Richtung zur Durchsetzung dieser Forderungen zu informieren.

Im Auftrag der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Veranstaltung am 2.3.2011 in der Auslandsgesellschaft:

Für

\* Attac Regionalgruppe Dortmund: Till Strucksberg (Strucksberg@gmx.de)

\* Bündnis „Demokratische Energie Wende kommunal“: Heiko Holtgrave (info@akoplan.de)

\* Informationszentrum 3. Welt: Günter Schulz (guenter.schulz@iz3wdo.de)

\* Werkstatt Ökumene Eine Welt der Ev. Kirche Dortmund und Lünen: Gerd Plobner (gerd.plobner@vkk-do.de)